

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Finanzpolitik

TOP 35**Rainer Wiegard: Scheinheilige Diskussion beenden!**

Zur „Beendigung ihrer scheinheiligen Diskussion über angeblich schädliche Auswirkungen eines Anteilsverkaufs an der gemeinsamen Landesbank mit Hamburg und einer möglichen Öffnung des Schleswig-Holsteinischen Sparkassengesetzes“ hat der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Rainer Wiegard MdL, „die Pharisäer in der Landesregierung und der rot-grünen Fraktionen im Landtag aufgefordert.“

In der Plenardebatte hielt Wiegard der Landesregierung ein Dutzend Zitate aus Parlamentsreden und Presseveröffentlichungen vor, in denen die Ministerpräsidentin, der Finanzminister und der SPD-Fraktionsvorsitzende ihre Absicht des Verkaufs von Anteilen an der Landesbank ebenso wie die notwendige Öffnung der Sparkassen für Beteiligungen außerhalb ihrer Träger nachdrücklich begründet hatten.

Geradezu entlarvend sei es, zitierte Wiegard genüsslich, dass der Berichtsantrag der rot-grünen Fraktionen an die Landesregierung verlange, die Landesregierung möge einen Bericht über „ihre **aktuelle Meinung**“ hierzu abgeben. Damit sei schon im Antrag der Regierungsfractionen hinreichend belegt, dass die Landesregierung zu diesem Themen bereits diverse Meinungen vertreten habe. Offensichtlich gehöre sie zur Roberto-Blanco-Connection: Heute so, morgen so ...

Wiegard erklärte, die CDU werde es den Sparkassen und ihren Trägern ermöglichen, in eigener Verantwortung über eine Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung zu entscheiden. Mit der rot-grünen Bevormundung werde man jedenfalls Schluss machen. Es werde gesetzlich sichergestellt, dass die Mehrheit der Anteile bei den kommunalen Trägern verbleibe und die gewünschte Zuführung von Kapital auf Kunden, Mitarbeiter und Institutionen der Sparkassen-Finanzgruppe beschränkt bleibe. Die Entscheidung müsse jedoch jede Sparkasse und ihr Träger in Kenntnis der eigenen Situation und Erfordernisse selbst treffen.

Die Landesregierung zum Thema Anteilsverkauf Landesbank:

Claus Möller, 14. November 2001, PIPr. 15/ 44, S. 3302

„Eine stärkere Erhöhung der Neuverschuldung 2002 kommt bei uns schon aus Verfassungsgründen kaum in Betracht. ... Die Landesregierung schlägt vor, Steueraus-

fälle ... durch Veräußerungserlöse auszugleichen. ... Geplant ist eine 5-prozentige Veräußerung von Landesbankanteilen,“

Simonis/ Möller Presseerklärung 11. Dezember 2001

„Als ersten Schritt ... ermögliche das Land ... einen Beteiligungserwerb von bis zu fünf Prozent seiner Anteile an der Landesbank ... , so würde die neue privatrechtliche LB ... vom Land, dem Sparkassen- und Giroverband, der West LB, der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und möglichen anderen Anteilseignern gehalten.“

Heide Simonis, 12. Dezember 2001, PIPr. 15/ 47, S. 3523

„Wir können die innere Stärke, die diese Bank ... gewonnen hat, ... in einem Moment mobilisieren, in dem wir es brauchen, was ich für völlig richtig halte. Jeder Anteilseigner guckt sich an, ob er das da [*gemeint sind die Anteile*] stehen lässt oder an einer anderen Stelle [*gemeint ist der Zufluss zum Landeshaushalt*], wo er das Geld braucht einsetzt. Es wäre verrückt, es dort nicht einzusetzen.“

Lothar Hay, 12. Dezember 2001, PIPr. 15/ 47, S. 3484

„Ich komme jetzt zur gestrigen Entscheidung, 5% [*ein Fünftel*] der Anteile des Landes an der Landesbank ... zu verkaufen. ... Das ist strategisch die richtige Entscheidung.“

Claus Möller, 15. Mai 2002, PIPr. 15/ 60, S. 4433

„Was die 5% angeht, so hat der Verkauf zugegebenermaßen Haushaltsgründe.“

Claus Möller, 18. Dezember 2002, PIPr. 15/ 77, S. 5850 f.

„Lassen Sie uns den Weg gehen, die gemeinsame Landesbank so aufzustellen, wie es erforderlich ist, und lassen sie uns in Ruhe nach Investoren suchen. Ich sage: Auch bei einem Investor für die Landesbank, welche Anteile wir auch immer verkaufen, ..., kommt es nicht nur auf den Preis an. Es kommt auf die strategische Ausrichtung an. ... Ich sage Ihnen: Mir ist ein strategischer Investor im Zukunftsgebiet Ostsee und Skandinavien, auch wenn er ein bisschen weniger zahlt, lieber als jemand von den Kaiman-Inseln, nur um einen besseren Preis zu erzielen.“

Claus Möller, 20. Februar 2003, PIPr. 15/ 81, S. 6087 f.

„Der Einstieg unserer Landesbank bei der Hamburgischen Landesbank war ein weiterer notwendiger Schritt für die jetzt beschlossene Fusion zu einer gemeinsamen Aktiengesellschaft. Aber wir können uns jetzt nicht zurücklehnen. Unsere gemeinsame Bank wird zukünftig für ihre Kapitalmarktfähigkeit einen oder mehrere strategische Partner brauchen. Der Name der Bank signalisiert bereits eine Präferenz für einen Partner im Ostseeraum. Die ersten Gespräche sind Erfolg versprechend verlaufen und werden ... fortgeführt. ...“

Die Landesregierung zum Thema Sparkassen:

Heide Simonis, 25. August 2004, PIPr. S. 9373

„Außerdem benötigen starke Sparkassen vor Ort eine solide Kapitalbasis. Von den Kommunen als Anstaltsträger können zurzeit keine Finanzhilfen erwartet werden. Deswegen besteht eine regionale Verantwortung auch darin, die finanzielle Stärke der Institutionen vor Ort zu ermöglichen. ... Wir werden in Zukunft darüber nachdenken müssen, ob Maßnahmen der Kapitalbeschaffung außerhalb der Kommunen in einem gewissen Umfang Sinn machen.“

Lothar Hay, 25. August 2004, PIPr. 15/ 121, S. 9377

„Ein weiterer Punkt, mit dem wir uns beschäftigen müssen, ist die Hamburger Sparkasse. Man muss sie in der Debatte namentlich erwähnen. Die Hamburger Sparkasse steht kurz vor dem Einstieg bei der freien Sparkasse Lübeck, nachdem sie schon bei der Sparkasse Mittelholstein AG mit 14 % eingestiegen ist ...

Die Fusionsbeispiele machen deutlich: Es gibt Bewegung in der Sparkassenlandschaft in unserem Land. Das ist auch in unserem Sinn,“

Lothar Hay, 25. August 2004, PIPr. 15/ 121, S. 9378

„Starke Sparkassen benötigen eine solide Kapitalbasis, die von den Kommunen als Anstaltsträger aufgrund der finanziellen Situation nicht erwartet werden kann. Deshalb muss darüber nachgedacht werden dürfen, ob weitere Maßnahmen der Kapitalbeschaffung ... Sinn machen.

Dr. Ralf Stegner, 18. Juni 2004, Hamburger-Abendblatt

„Wir denken über eine Öffnungsklausel in unserem Sparkassengesetz nach.“

Die Klausel würde anderen Kreditinstituten erstmals einen Teileinstieg in die Sparkassen im Norden erlauben. Nutznießer wäre insbesondere die Hamburger Sparkasse (Haspa). ... Zulassen will er [*der Finanzminister*] Minderheitsbeteiligungen bis 49 %... .

Gleichlautender Bericht in der der WELT und Welt am Sonntag